

Wilsdruffer Tageblatt

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr Verlagspreis monatl. 2 RM bei Hause, bei Postabholung
Lfd. Nr. 100 gegen Bezahlung. Einzelnummer 10 Pf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Büros und Geschäftsstätten
nehmen zu jeder Zeit Bezahlung entgegen. Das "Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend" ist
jedoch kein Anrecht über das "Tageblatt" zu verfügen.



Anzeigenpreise siehe ausliegender Preisliste Nr. 8. — Ritter-Gebühr: 20 Pf. — Verschiedene
Arten Erziehungsanstalten und Pflegeanstalten werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Abonnement
bis Sonntag 10 Uhr. — Für die Richtigkeit der
Werbesprücher: Amt Wilsdruff 206 — nur die Richtigkeit bei
den Anzeigen übernommen wird. — Bei Kontakt und
Gespräch erhält jeder Interessent auf Nachfrage.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen
Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts

Nr. 281 — 98. Jahrgang

Druckschrift: "Tageblatt"

Wilsdruff-Dresden

Postleitzahl: Dresden 2640

Freitag, den 1. Dezember 1929

Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu
Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstamts Tharandt

Englands Verrat an Indien

Eine ununterbrochene Kette von Wortbrüchen

Der deutsche Dienst meldet:

Wie aus zahllosen Meldungen der letzten Wochen hervorgeht, sind die Kämpfe in Westiran im Nordwesten Indiens wieder aufgestartet; die von der indischen Kongresspartei gebildeten Regierungen der Provinzen sind zurückgetreten, der heilige Führer der indischen Massen, Gandhi, hat erklärt, die Niederwerter des Volkes würden nicht eher bestreden sein, als bis der britische Imperialismus aus Indien gewichen sei.

Nach einem Bericht des "Manchester Guardian" aus Neu-Delhi hat Gandhi sogar gedroht, daß Rücknahme des Vorwurfs der indischen Kongresspartei, eine verfassungsgemäße Versammlung einzuberufen, die über Indiens künftige Verfassung Beschluss zu fassen habe, eine sofortige Aktion der Andern unvermeidlich mache. Schließlich hat der Kongress den Beschluss gefasst, nicht mehr mit England zusammenzuarbeiten, bis Indien seine Freiheit erhalten hat. Indien befindet sich im Aufruhr gegen seine britischen Herren und Unterpräder.

Die britische Regierung hat aber den Kriegseintritt Indiens gegen den ausdrücklichen Willen des indischen Volkes verordnet, so wie man Kolonialvölker und von jeder Eltern gezwungen hat, im Dienste ihrer Herren zu dienen und zu beobachten. In einem Weißbuch hat die britische Regierung versprochen, nach dem Krieg mit den Andern in Verhandlungen über etwaige Änderungen in der indischen Bundesverfassung einzutreten.

Nach dem Urteil — damit ist klar gesagt, daß Indien während des Krieges Kolonie bleibt. Über den Wert der für die Nachkriegszeit gegebenen Versprechungen wird sich aber niemand einer Illusion hingeben, der die Geschichte des indischen Freiheitskampfes kennt. Sie ist gekennzeichnet durch eine Kette gebrochener britischer Versprechen.

1. Diese Kette beginnt mit dem Jahre 1857. Fast 200 Jahre lang hatten in Indien damals amtliche und private Abenteurer aus England nach dem Willen des bekanntesten britischen Historikers Macaulay „Unterdrückung, Verzweiflung und Korruption größten Stils“ betrieben. Der indische Aufstand von 1857 zwang England, diese schändliche Periode seines Imperialismus zu liquidieren, und als Königin Victoria selbst die Regierung Indiens in die Hand nahm, erklärte sie, sowohl es möglich sein sollte, würden die indischen Untertanen, welchen Glauben und welcher Religion sie auch angehören möchten, frei und unvoreingenommen zu Amtmännern zugelassen werden.

Zu Ausführung dieses großartigen Versprechens der Königin selbst wurden von 300 Millionen Andern ganze fünf Personen zu Mitgliedern eines Rates ernannt mit der Befugnis, den Vizekönig unbedingt und auf dessen Wunsch bei der Gesetzgebung zu beraten. Das und ähnliche Scheinräte in fünf Provinzen vor alles, was dreizehn Jahre lang zur Durchführung des königlichen Versprechens geschah.

2. 1892 wurde das Versprechen, Ander zur Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten einzuziehen und die öffentliche Meinung Indiens zu berücksichtigen, erneuert. Mr. Curzon versprach den Andern als Unterstaatssekretär für Indien eigene Abgeordnete, das darausbin ergaun, tat aber nichts weiter, als die Zahl seiner erwählten maßlosen Vertreter etwas zu erhöhen. Sie erhielten die Erlaubnis, Portagen zu erfordern, durften aber nicht darüber abstimmen. Einige Jahre später wurde Curzon selbst Lord und Vizekönig und hatte sechs Jahre lang Gelegenheit, seine Versprechungen zu erfüllen.

Von diesem Mann kommt der phantastisch arrogante Ausdruck, er rechte sich zu denen, die überzeugt seien, daß die britische die großartige Waffe im Dienste des Guten sei, die es je gegeben habe. Er verhielt sich entsprechend. Er liebte die indischen Selbstverwaltungswünsche schroff ab und hinterließ eine solche Erbitterung über seine Verfahren, daß England gewusst war, ein neues Versprechen abzugeben.

3. Wiederum gab der britische König selbst dieses Versprechen ab. Er erklärte 1908: "Das System von Abgeordnetenkammern wird in einer weisen Art ausgedehnt werden!" Endlich, so hofften die Andern damals, würde man ihnen Autonomie gewähren. Statt dessen ergriffen unter eisiger Rührung der britischen Propagandatrommel die Morley-Minto-Reformen, die wieder nichts weiter brachten als eine abermalige Erweiterung der logen, legislativen Räte. Wiederum blieb es dabei, daß die logen, Abgeordneten keine Beflügeln lassen durften, die Regierung in keiner Weise binden konnten und nicht einmal Antwort auf ihre Fragen erwarten durften.

Die Andern bezeichneten diesen Bruch dieser sozialistischen Versprechens, fünfzig Jahre nach dem Bruch des ersten, als "eine wohlerwogene und zynische Schauspielerei". John Morley selbst erklärte: "Wenn gefragt werden könnte, daß diese Reformen direkt oder indirekt zur Errichtung eines parlamentarischen Systems in Indien führen, so möchte ich nichts, aber auch nichts damit zu tun haben!"

Der Weltkrieg bestätigte die Lüge dieser Reformen. Indien wurdevincenzungen. Über 621 000 Anderen fielen fern der Heimat zu Kriegsdiensten für England, weitere 475 000 indische Zivilisten zu anderen Diensten im Ausland gerufen. Überdies nahm wie in der Bibel der reiche Mann dem Armen sein einziges Schaf weg, um es zu schlachten; England zwang die seit Hunderten von Jahren von ihm ausgewühlten Andern, Kriegskontributionen von 2,5 Milliarden Goldmark zum Besten Britanniens auszubringen.

4. Die indischen Freiheitskämpfer aber rieten nicht, und England sah schon 1917 keinen anderen Ausweg, als ein neues Versprechen zu geben. Die Montagu-Erklärung legte die britische Politik darauf fest, indische Selbstverwaltungseinrichtungen zu schaffen mit dem Ziel, großes das einem indischen Parlament verantwortliche Regierungssystem einzuführen.

Schon glaubten die Andern ihr Ziel erreicht, aber Mr.

Montagu lächelte nur, solange England in Not war. 1919, noch Kriegsende, trat man den Andern mit anderer Waffe entgegen. Awar erlaubte man ein bis zum Hundert der indischen Bevölkerung, Provinzialparlamente zu wählen, denen man die nebensächlichen Regierungsfunctionen übertrug, aber gleichzeitig wurden die indischen Nationalisten durch eine Straferechtsform mit gemeinen Verbrechen auf eine Stufe geholt und wie Hunde gejagt. Gandhi und seine Freunde ins Aschram geworfen, die Salsteuer, die die Aermel tragen, verdoppelt, und, damit nicht trocken noch Freiheitsschlachten in Indien lebendig blieben, bat General Dyer in Pendjab, wo die Bevölkerung durch Zwangsrekruzierungen und standesgemäß Kriegswinnertum aussäuerlich erschöpft war, solange auf eine eingeschlossene delende indische Versammlung loslassen, bis 370 Tote und 1200 Verwundete in ihrem Blut lägen.

5. Jetzt wiederum hatte England im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker einen Krieg geführt. Es distanzierte einen Frieden, der die Selbstbestimmung in Indien genau so wenig brachte wie in Europa.

6. Am Juli 1929 erklärte Ramsay MacDonald, damals Führer der Opposition, er dachte, daß in einem Monat und nicht erst Nahmen schon ein neues Dominion — also ein souveräner Bundesstaat — dem britischen Reich hinzugefügt werden würde, nämlich Indien. Am Juni 1929 wurde MacDonald Premierminister, und man hat nie wieder etwas von dem Versprechen gehört.

7. Am Jahre 1929 löste Lord Halifax, der unter dem Namen Lord Erwin damals Vizekönig von Indien war, er sei von der britischen Regierung zu der Feststellung ermächtigt, daß die Montagu-Erklärung von 1917 auf den Status eines Dominions für Indien abgesehen habe. An diesen Worten lag nicht nur das Eingeschränkt, daß das Montagu-Versprechen gebrochen worden sei, sondern gleichzeitig eine Wiederholung dieses Versprechens. Halifax ist deutscher Außenminister, aber Indien ist sowohl vom Dominionsstatus entfernt, daß es in den von Halifax initiierten angezeigten Krieg gegen den indischen Völkerwillen hineingezwungen werden kann.

8. Auf drei Konferenzen mit indischer Beteiligung, die in jenen Jahren in London abgehalten wurden, und in Verhandlungen verschiedener Kommissionen kristallisierten sich schließlich abermals Freiheitsversprechen für Indien heraus. Sie wurden im britischen Parlament in monatelangen Beratungen ausgehandelt, und das Ergebnis war die berühmte indische Verfassung von 1935. In England nannte man sie "eines der größten Geschiebungsverwerte aller Zeiten", in Indien nannte man sie "ein verfluchtes Sünd britischer Schurken".

So sieht die Kette britischer Wortbrüche aus. An ihr steht Blut, das Blut des indischen Volkes. Die Versprechen Englands an Indien sind ein blöher Schein. Große Würde aber bleiben die Armut, das Elend, die Krankheit, die Ungewissheit der indischen Millionen. Tag für Tag sterben von jungen Hindus und Hindustanen, von der Roten Armee, von Krankheiten zerstört, jung und doch schon alt. Millionen von Jüchen steigen täglich auf gegen die erbarmungslosen Unterdrücker fremder Völker in der ganzen Welt, die in der Londoner Luft sind und sich an dem Elend mäßen. Sie werden nicht verstummen, bis die eng-

lische Welt herrschaft fällt, die eine einzige Schande für die Zivilisation ist.

England verhärtet indische Garnisonen

Mit welcher Begegnung England die Entwicklung in Indien betrachtet, geht aus der Tatsache hervor, daß Großbritannien von einem Abkommen mit Nepal Gebrauch macht und Gurka-Truppen aus diesem Lande angefordert hat. Wie in London mitgeteilt wird, werden insgesamt acht Tausend eingeborene Truppen aus dem Lande Nepal nach Indien transportiert werden, um hier Dienst zu tun.

Aussland in der Südarabischen Union?

Die römische Zeitung "Tevore" meldet aus Amsterdam, in Holländischen Kreisen spreche man ernsthaft von einem Aufstand in der Südarabischen Union. Mehrere südarabischen Städte hätten sich gegen das Regiment und vor allem die engländische Haltung des Generals Smuts empört. Man habe daran sich sofort eine verbündete Polizei und Preises genutzt eingeführt.

Offene Drohung gegen die Neutralen

Ein Sprecher des britischen Ministeriums für den Wirtschaftskrieg erklärte, daß falls die Neutralen versuchen würden, ihre Handelschiffe, deren Ladung aus deutschen Exportwaren besteht, durch Briten-Schiffe geleitet zu lassen, dies "das britische Recht", diese Schiffe nach deutschen Waren zu untersuchen, nicht ändern würde.

Neuer Protest der niederländischen Regierung

Der niederländische Regierungspresident erinnert in einer amtlichen Mitteilung, daß die niederländische Regierung unmittelbar, nachdem die Absicht der britischen Regierung bekannt geworden war, Waren deutscher Herkunft, die sich an Bord neutraler Schiffe befinden, in Beschlag zu nehmen, das gegen bei der britischen Regierung Einspruch erhoben habe. Der Text der inzwischen veröffentlichten britischen "order in council" werde jetzt durch die niederländischen Behörden einer näheren Untersuchung unterzogen. Es sei zu erwarten, daß die niederländische Regierung sich im Zusammenhang hiermit bald auf neue an die britische Regierung wenden werde.

Japan zur politischen Lage

Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Italien, der Sowjetunion und Japan

Der frühere japanische Botschafter in Rom sprach in Osaka vor der Handelskammer und gleichzeitig vor dem politischen und wirtschaftlichen Institut über die internationale Lage.

Deutschland, Italien, Russland und Japan, so erklärte er, seien dazu bestimmt, sich zu vereinen. Japan werde einen großen Kuchen aus dem Rüstungsappalt Berlin-Moskau ziehen. Da die Sowjetunion ihren Weltrevolutionären Plan aufgegeben habe, bestrebe sie Japan weiter ideologische Gefahr bei einer Zusammenarbeit mit Moskau.

London bittet um gut Wetter

Beschwichtigungsversuch in Tokio schlägt fehl

Der britische Botschafter Crofts suchte heute Außenminister Nomura auf und übermittelte die offizielle Antwort der englischen Regierung auf den japanischen Protest vom 24. November wegen der englischen Blockade deutscher Exportgüter. Statig erklärte die japanische Regierung "um Verständnis" für die Blockade und erklärte, die englische Regierung habe Maßnahmen getroffen, um Schädigungen neutraler möglichst zu verhindern".

Demgegenüber betonte Nomura nochdrücklich, daß Japan — wie bereits im Protest angeführt sei — der englischen Blockade nicht zustimmen könne, da lebenswichtige Interessen Japans berührt würden.

Feindliche Handlungen zwischen der Sowjetunion und Finnland

Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland ist es in den Mittagsstunden des Donnerstag zum Ausbruch feindlicher Handlungen gekommen. Die sowjetrussische Luftwaffe überflog mehrfach finnisches Gebiet und belegte an einigen Plätzen, darunter in Helsinki, militärische Ziele mit Bomben.

Am Grenzgebiet an den Kareliischen Ufern fanden sowjetische Truppen auf der Åland-Insel vor, und auch auf einigen Inseln im finnischen Meerbusen sind Aktionen im Gang.

Moskau über den Beginn der Kampfhandlungen

Am Donnerstag um 0.45 Uhr Moskauer Zeit (22.45 Uhr MEZ) wurde über sämtliche sowjetischen Sender eine amtliche Mitteilung verbreitet, wonin nunmehr auch von sowjetischer Seite der Beginn der Kampfhandlungen gegen Finnland bekanntgegeben wird.

An der Nacht zum 30. November haben sich an der sowjetisch-finnischen Grenze mehrere neue Zwischenfälle ereignet. Um 2 Uhr nachts, so heißt es in der amtlichen Mitteilung, überflog beim Dorf Kownino eine Gruppe von finnischen Soldaten die Grenze und griff die sowjetische Grenzwache an. Die finnischen Abteilungen wurden mit starken Ge-

istungen zurückgeschlagen. Um 3.15 Uhr eröffnete eine weitere starke Abteilung finnischer Truppen beim Dorf Naaluli auf der Kareliischen Landseite Maschinengewehrfeuer auf die Sowjettruppen. Die Angreifer wurden gleichfalls zurückgeschlagen. Dabei wurden von den sowjetischen Truppen in der Nähe des Dorfes Kormiantzi zehn finnische Soldaten und ein Unteroffizier getötet.

Um 4 Uhr morgens versuchte eine weitere Abteilung finnischer Truppen auf der Kareliischen Landseite beim Dorf Terimovoi einen Angriff, wurde jedoch von sowjetischen Truppen mit Maschinengewehrfeuer zurückgeschlagen.

An Andacht dieser neuen Provokationen mit bewaffnetem Überfall seitens der finnischen Truppen erzielte das Oberkommando der Roten Armee den Truppen den Befehl, am 30. November um 8 Uhr morgens die sowjetisch-finnische Grenze zu überschreiten. Abteilungen der Roten Armee rückten sofort an mehreren Punkten der Grenze vor und waren auf der Kareliischen Landseite um 10 bis 15 Kilometer westlich der Grenze und von Petrozavodsk aus bis zum See Svirjarov. Auf der Kareliischen Landseite wurden von den sowjetischen Truppen mehrere Dörfer und Eisenbahnhäusern besetzt; die Stadt Tälisti ist bereits erreicht worden. Beim Vormarsch wurden von den sowjetischen Truppen einige Dutzend Gefangene gemacht.

Gleichzeitig unternahm die sowjetische Luftwaffe trotz ungünstiger Witterung Erdkundungsflüge über das Territorium Finnlands und bombardierte die Flugplätze von Viborg und Helsinki.